

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementspreis: Durch unsere Boten
für das Erzgebirge monatlich 1.00 Mark.
Für den Rest des Jahres 10.00 Mark.
Für den Rest des Jahres 10.00 Mark.
Für den Rest des Jahres 10.00 Mark.

Abonnementspreis: Die Abonnementpreise
für den Rest des Jahres 10.00 Mark.
Für den Rest des Jahres 10.00 Mark.
Für den Rest des Jahres 10.00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 165

Dienstag, den 18. Juli 1922

17. Jahrgang

Die Mörder Rathenaus ermittelt. Die Rathenau-Mörder wurden gestern Abend durch Kriminalbeamte aus Halle auf Burg Saaleck bei Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

Ueber die Auffindung der Rathenau-Mörder wird noch berichtet: Am Sonntag Abend meldeten hier zwei an der Burg Saaleck vorbeikommene Touristen, daß sie im Turm der Burg Licht bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einsiedlerleben führt, verneint sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten, den Zutritt zu dem abgeschlossenen Raum zu erzwingen. Die Mörder öffneten nicht, sodah Verschiebung herbeigeführt werden mußte. Währenddessen erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Raum, winkten den an der Burg Vorbeikommenden zu und brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus. Als die Kriminalbeamten zurückkehrten und die Tür im Nachhinein zertrümmert hatten, fanden sie die beiden Mörder mit Kopfschüssen tot auf. Beide tragen die charakteristische Kleidung des Schriftstellers Dr. Stein und als Minister bezeichnet.

So haben die Mörder ihre schändliche Tat selbst gesteuert. Zwar nicht in einem Anfall von Reue, sondern sie werden denselben Stolz über ihre Verbrechen, der aus ihrem Benehmen in der Burg spricht, auch empfunden haben über ihren Entschluß, sich selbst zu morden. In Wahrheit ist dem Mord zur Vollbringung des Mordes schließlich eine tätige Teilhabe gefolgt, sich den Richtern zu stellen. Es ist nicht zu zweifeln, daß die Mörder über den Ausgang des Geschehens im deutschen Volke nicht nur, sondern in allen Kulturstaaten der Erde unterrichtet waren. Die abscheuliche Verwerflichkeit ihrer Tat wird ihnen zur Gewißheit geworden sein, trotzdem sie sie verleugneten. Wenn auch durch die Vernehmung der Mörder die Zusammenhänge der Mordtat mit politischen Beweggründen vielleicht noch klarer herauszuschälen gewesen wären, so genügt schließlich zur Aufklärung der Mordtat das bisher Erreichte. Also brauchte man nur noch die Mörder ihrer Köpfe wegen, um die man sie verurteilen mußte. Leider blieb eine andere Genugtuung dem deutschen Volke nicht. Das Richter haben sie uns vorweggenommen. Nunmehr werden sich die zuständigen Richter mit der Aburteilung der am Mord Beteiligten beschäftigen können und die Schwere der Tat erhellt eine schnelle und scharfe, scharfe Justiz.

Wie bekannt, sind die Mörder 1. Hermann Fischer, auch Vogel genannt, Spitzname Pecher, früherer Aufenthalt in Jülich, 25 Jahre alt; 2. Erwin Knauer, auch Adner und Kern genannt, gleichfalls 25 Jahre alt. Sie gehörten der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhardt.

Die Lösung der Krisis.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter)

Zwar kann man noch nicht endgültig behaupten, daß alle innerpolitischen Gefahren vorüber seien; aber die Gewißheit gewinnt täglich mehr an Boden, daß alles beim Alten bleibt. Eine Erweiterung oder Umbildung der Regierung und der Koalition wird vor den Ferien nicht mehr eintreten. Eine Reichstagsauflösung ist nicht mehr zu befürchten. Die Gesetze zum Schutze der Republik werden in 3. Lesung glatt angenommen. Nur die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien wird ein dauerndes Erinnerungszeichen an die Aufregung der letzten Reisetage bleiben. Vielleicht verdrängt sie sich schon sehr bald in eine Fraktionsgemeinschaft der beiden Parteien. Dann die Mehrheitssozialdemokratie keine Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung erreichen, so strebt sie wenigstens eine feste Verbindung mit ihrem linken Nachbar in Form der Fraktionsgemeinschaft an. Als zur Verschmelzung beider Parteien ist dann nur noch ein Schritt. Wir haben bereits ausführlich begründet, warum wir als Demokraten und Republikaner eine Annäherung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen begrüßen; wir werden deshalb ein Fortschreiten auf diesem Wege von sozialistischer Arbeitsgemeinschaft zu sozialistischer Fraktionsgemeinschaft mit aufrichtiger Genugtuung hinnehmen. Inzwischen nimmt der Gedanke, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu bilden, greifbarere Formen an. Das

Zentrum hat diesen Plan jetzt in genauerer Ausarbeitung seinen beiden Nachbarfraktionen ganz offiziell unterbreitet. Es handelt sich danach lediglich und ausschließlich um eine rein parlamentarische Aktion. Man will ebenso wie auf der linken Seite des Regierungsblocks nunmehr auch auf der rechten die Kräfte, die zu ernsthafter republikanischer Zusammenarbeit bereit sind, fester zusammenschließen. Die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen in Zukunft die einzelnen Gesetze untereinander besprechen, Abänderungsanträge miteinander vereinbaren unter Umständen auch Redner gemeinsam vorbringen wollen, so beabsichtigt das Zentrum unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen ein praktisch parlamentarisches Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der nicht sozialistischen Mittelparteien auf dem Boden der Verfassung und der Republik. Dieses Zusammenarbeiten setzt eine ständige Fühlungnahme mit der Arbeitsgemeinschaft der Linken und ein gemeinsames Handeln voraus. Der Regierungsblock würde also in Zukunft nicht mehr aus einer Vielzahl von Einzelparteien, sondern aus zwei Arbeitsgemeinschaften bestehen, von denen man sich praktischeres Arbeiten verspricht als von der gegenwärtigen Betätigung der Koalition. Letzten Endes müssen die alten erfahrenen Parlamentarier am besten wissen, wie sie ihre tägliche Arbeitslast am zweckmäßigsten verteilen und tragen.

Die ersten Ankündigungen des Zentrumsplanes haben in der Öffentlichkeit ganz unnötige Befürchtungen erregt. Es war die Befürchtung aufgetaucht, daß die Arbeitsgemeinschaft der drei bürgerlichen Mittelparteien ebenso die erste Stufe einer späteren Verschmelzung sein sollte, wie die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien. Wer Psychologie und Wesen des Zentrums — um von Demokraten und Volksparteien ganz zu schweigen — auch nur einigermaßen kennt, dem müßte eine solche Befürchtung von vornherein lächerlich erscheinen. Auch von der Bildung eines Bürgerbunds zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Die Neubildung wird ja im Gegenteil gerade zu dem Zwecke angestrebt, daß die Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokratie schneller und reibungsloser zusammenarbeiten können als bisher. Es liegt auch auf der Hand, daß bei einem Kampf der einen Arbeitsgemeinschaft gegen die andere überhaupt keine parlamentarische Wechsellagerung käme. Beide Arbeitsgemeinschaften sind vielmehr dauernd aufeinander angewiesen und müssen schon aus diesem Grunde zu einander halten und miteinander arbeiten.

Tatsächlich ist ja bereits in letzter Zeit so gearbeitet worden, als ob beide Arbeitsgemeinschaften schon beständen. Als es sich um die Befestigung der Schwierigkeiten in den Gesetzen zum Schutze der Republik handelte, hat schon ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie die Wünsche der Unabhängigen und ein Führer des Zentrums die Wünsche der Deutschen Volkspartei zu den Gesetzen gesammelt und beide haben dann in einer gemeinsamen Sitzung der drei alten Koalitionsparteien diese Wünsche der Fraktionsparteien vertreten und untereinander zum Ausgleich gebracht. Solche Ausnahmefälle würden also in Zukunft zur Regel werden.

Nach dieser Klarstellung der Pläne und Vorschläge des Zentrums hat sich auch die demokratische Reichstagsfraktion entschlossen, den Gedanken zur Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft weiter zu verfolgen. Sie hat dabei freilich aufs Schärfste betont, daß für sie nach wie vor ein einziges Zusammenarbeiten aller republikanischen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie unerlässliche Bedingung sei. Eine Veränderung ihrer bisherigen Politik aber gar ein Abweichen nach Rechts könne für sie nicht im mindesten in Frage kommen. Die neu zu bildende Arbeitsgemeinschaft müsse vielmehr in festerlicher Form von solcher Entwicklungsmöglichkeit von vornherein abklären und positiv die Ziele aufzählen, die sie erreichen wollen. Ein klarer Trennungsschritt der Deutschen Volkspartei nach Rechts hin sei ebenso unbedingt notwendig wie eine bestimmte Abgabe der Unabhängigen an die Kommunisten. Die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit der nicht sozialistischen Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen müsse ausdrücklich hervorgehoben werden. Endgültige Beschlüsse wurden von der Fraktion in dieser Richtung noch nicht gefaßt, zumal die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei im einzelnen am Montag noch nicht bekannt war.

Das Reparations-Weltproblem. Ein englischer Reparationsvorschlag.

Die Daily News führen in einem viel beachteten Artikel aus, es sei unbedingt nötig, daß ohne jeden Verzug ein Plan für die wirtschaftliche Neuordnung Europas gesucht werde. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, das Schicksal Oesterreichs und der Fehlschlag der Haager Konferenz seien Vorzeichen einer Katastrophe. Die Lösung des ganzen Problems hänge mit einer englisch-französischen Verständigung über die Reparationsfrage zusammen. Mit Bezug auf hierauf unterbreiten die Daily News einen Vorschlag, der folgende sechs Hauptpunkte enthält:

1. Die französischen Schulden an England müssen annulliert werden

2. Frankreich muß einer Herabsetzung der Reparations-schuld auf 2500 Millionen Pfund zustimmen;
3. Frankreich ratifiziert die Washingtoner Abkommen und reduziert seine Rüstungen auf ein noch festzusetzendes Niveau;
4. ein allgemeiner Garantieplan muß aufgestellt werden, um Frankreich gegen eventuelle Angriffe zu sichern;
5. eine internationale Anleihe muß zustande gebracht werden, die hauptsächlich Frankreich zugute kommen soll;
6. Deutschland muß zum Völkerbund zugelassen werden, und zwar als ständiges Mitglied im Rat des Völkerbundes.

Der bekannte amerikanische Bankier Otto Kahn hat einem Mitarbeiter der Times Ausführungen über die Ergebnisse der Konferenz vom Haag und die internationale finanzielle Lage gemacht. Kahn erklärte, er habe Grund zu der Annahme, daß das Hauptergebnis der Haager Konferenz das gewesen sei, die Atmosphäre aufzuheben, und daß die zweifelhafte Annäherung des englisch-französischen und amerikanischen Standpunktes über Rußland zur Folge haben werde. Lloyd George sei zweifellos einer sehr glücklichen Inspiration gefolgt, als er die Haager Konferenz organisierte, und man habe den Sachverständigen eine gute Gelegenheit geboten, Tatsachen und Zahlen ohne jede Rhetorik zu prüfen.

Da augenscheinlich zwischen dem, was die Sowjetregierung verlange, und dem, was man ihr anbiete, unüberbrückbare Gegensätze beständen, habe man eine klar definierte Lage und könne die Pflichten eines jeden leicht feststellen. Die Welt könne sehr gut bestehen, auch wenn in Rußland Chaos herrsche, aber wenn sich die Verbündeten nicht ohne Verzug ans Werk begäben, um den Unruhen und der Unordnung in Deutschland und Oesterreich ein Ende zu bereiten, werde sich unfehlbar eine europäische Katastrophe ereignen.

Einigung mit dem Garantie-Ausschuß?

Der Garantie-Ausschuß, der sich noch in Berlin befindet, hat sich in seinen letzten Verhandlungen vor allem mit der Frage befaßt, welche Bürgschaften dafür geboten werden können, daß Deutschland seinen künftigen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Forderung, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu schaffen. Nach Ansicht von zuständigen deutscher Seite wird man sich in dieser Hinsicht über die Grundlage von Maßnahmen einigen, die auf dem Wege von Verordnungen und auf dem Wege der Gesetzgebung zu treffen sind. Bevor es zum Abschluß der Verhandlungen kommt, wird sich das Reichskabinett noch heute und morgen mit ihnen beschäftigen.

Italien und Frankreichs Finanzlage.

Der „Temps“ meldet aus Rom, daß das italienische Budget mit 11 Milliarden Fehlbetrag abschleife, wozu Verpflichtungen an England und Amerika in Höhe von 22 Milliarden Goldlire treten. Der „Temps“ schreibt dazu, die Gefahr eines Ruins Italiens und Frankreichs sei heute dringender, als die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands. Wieviel die Zahlungen Deutschlands aus, so sei der Bankrott beider alliierter Länder in ein bis zwei Jahren herbeigeführt.

Friedenskundgebung in Paris.

Sonntag Abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Es beteiligten sich daran Vertreter der Engländer und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat führte in seiner Rede aus, das Schicksal Europas spiele sich augenblicklich in Deutschland ab. Was sich in Frankreich, England und Rußland ereigne, sei sehr wichtig; aber was sich in Deutschland ereigne, sei entscheidend. Es hängt — sagt Sembat — zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede liegt oder unterliegt. — Der englische Abgeordnete Waller erklärte, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands verlange eine Revision des Versailler Vertrages, dessen Klauseln Deutschland in eine Stellung völliger Inferiorität brächten. Dieser Vertrag mache sowohl aus den Siegern als auch aus den Besiegten ruinierte Völker. — Der belgische Sozialistenführer Vandervelde sagte, wir haben schon vor sechs Monaten erklärt, eine internationale Anleihe und die Herabsetzung der deutschen Schulden seien notwendig. Unsere Gegner haben erklärt, wir seien verrückt. Heute aber nehmen sie schon unseren Standpunkt an. Die reichen Mächte sind vollgeproft mit Geld. Sie müssen am Wiederaufbau teilnehmen.

Inkrafttreten des Wiesbadener Abkommens.

Die Reparationskommission hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß das Wiesbadener Abkommen am 20. Juli in Kraft gesetzt werde. Eine Verständigung über diesen Termin wird voraussichtlich herbeigeführt werden.

Nachdem das Wiesbadener Abkommen von der französischen Regierung seit Oktober vorigen Jahres ganz offensichtlich verschleppt worden war, berührt die plötzliche Eile in Bezug auf das Inkrafttreten umso eigenartiger, als der englische Antrag in der letzten Beratung der Reparationskommission neben der völligen Stundung der Barzahlung für die nächsten Jahre auch eine Herabsetzung der Sachleistungen

Aue
er
str 15
D.
oop.
-Depf.
in.
Unter-
3 Mr.
lema
muft.
I e.
gramm.
gen
wohl
halten
Strumpf.
er, Aus.